

Antrag

der Abg. Florian Wahl u. a. SPD

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in Baden-Württemberg anerkennen und sichern

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Aufgaben die sozialpsychiatrischen Dienste in Baden-Württemberg erfüllen und ob und ggf. wie sich das Aufgabenspektrum in den letzten zehn Jahren verändert hat;
2. vor welchen aktuellen Herausforderungen die sozialpsychiatrischen Dienste in Baden-Württemberg aus deren eigener Sicht sowie aus ihrer Sicht stehen;
3. wie sich dabei die Aufstockung der Landesförderung auswirkt und bereits ausgewirkt hat;
4. inwiefern die sozialpsychiatrischen Dienste in Baden-Württemberg zur unabhängigen Lebensführung und Einbeziehung der psychisch kranken Menschen in die Gemeinschaft (vgl. Art. 19 UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen) beitragen;
5. wie sich die Zunahme der Anzahl älterer psychisch kranker Menschen auf die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste auswirkt;
6. inwieweit aus ihrer Sicht durch eine gut strukturierte Zusammenarbeit zwischen psychiatrischen Kliniken und sozialpsychiatrischen Diensten (kostenintensive) stationäre Behandlung verkürzt oder eine Wiederaufnahme vermieden werden kann;
7. wie sich die Zusammenarbeit der sozialpsychiatrischen Dienste mit den anderen regionalen Leistungserbringern für psychisch kranke Menschen, darunter auch mit den niedergelassenen Fachärztinnen und -ärzten für Psychiatrie und Psychotherapie sowie mit den Hausärztinnen und -ärzten, gestaltet;
8. welchen Einfluss darauf die strukturierte und verlässliche Zusammenarbeit in einem Gemeindepsychiatrischen Verbund hat.

02.06.2013

Wahl, Graner, Hinderer, Reusch-Frey, Wölflé SPD

Begründung

Die sozialpsychiatrischen Dienste in Baden-Württemberg sind ein wichtiger Bestandteil in der ambulanten und wohnortnahen Versorgung von psychisch kranken Menschen. Im Jahr 2011 wurden von mehr als 200 Fachkräften über 22.000 Patientinnen (58 Prozent) und Patienten (42 Prozent) betreut. Die Anzahl der Patientinnen und Patienten ist seit 2006 um über 40 Prozent gestiegen. Durch die demografischen Veränderungen ist eine weitere starke Zunahme der Anzahl älterer psychisch kranker Menschen abzusehen. Die wichtige Position der sozialpsychiatrischen Dienste und die fachlich notwendige Zusammenarbeit in einem regionalen Verbund mit den anderen Beteiligten wurden zuletzt etwa im Bericht der Arbeitsgruppe Psychiatrie der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden „Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgungsstrukturen in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven“ für die Gesundheitsministerkonferenz 2012 oder in der Leitlinie „Psychosoziale Therapien bei schweren psychischen Erkrankungen“ der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde hervorgehoben.